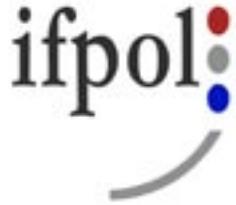


Kongressnotizen

23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft
Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes und Beirates der DVPW



Innovationen brauchen Freiheit

Auszüge aus der Rede von
Minister Andreas Pinkwart

Seite 3

In eigener Sache

Die Kongressnotizen-Redaktion
stellt sich vor

Seite 4

Auszüge aus
dem Eröffnungs-
vortrag des
Vorsitzenden der
DVPW, Prof.
Dr. Klaus Dieter
Wolf, anlässlich
des 23. wis-
senschaftlichen
Kongresses:

Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform?

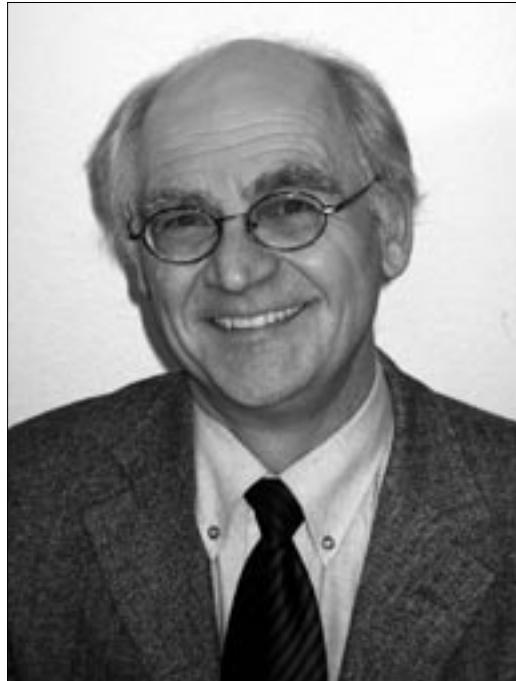
In den fünfziger Jahren tauchte in der politischen Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung ein Plakat auf, das einen Saurier zeigte und die Unterschrift trug: „Ausgestorben – zuviel Panzer, zu wenig Gehirn.“ Das Plakat traf offensichtlich zu tief; es wurde gerichtlich verboten (Krockow). Dieses Schicksal ist dem Plakat zum 23. wissenschaftlichen Kongress der DVPW, den wir heute in Münster eröffnen, Gott sei Dank bisher erspart geblieben. Allerdings sind wir bei unserer Beschäftigung mit der Frage, ob soziale Institutionen durch untaugliche Antworten auf die Herausforderungen und Gefährdungen ihres Daseins in der Sackgasse ihrer Entwicklung zugrunde gehen, auch nicht auf Tiefschläge aus.

Wenn wir auf diesem Kongress die Rede vom „Reformstau“ und von der vermeintlichen Unfähigkeit von Staat und Gesellschaft zum politischen Wandel aufgreifen, dann, um uns selbst der Herausforderung zu stellen, dabei genuin politikwissenschaftliche Kernkompetenzen sichtbar und fruchtbar werden zu lassen. Über das Potenzi-

al für eine Leitdisziplin in den Debatten über Reform verfügen wir aus meiner Sicht vor allem hinsichtlich der folgenden beiden Fragen:
1. Wo liegen die Gründe für Reformblockaden? Hier ist die Politikwissenschaft zuerst als empirische Sozialwissenschaft gefragt. Wir können nicht dabei stehen bleiben, den Reformstau

der Selbstgefälligkeit der 68er oder der Selbstverliebtheit der Spaßgesellschaft anzulasten (Nolte). Vielmehr besteht unsere besondere Kompetenz darin, über den Vergleich unterschiedlich reformfähiger politischer Systeme auf der Politics-, Policy- und der Polity-Dimension die möglichen Ursachen von Politikblockaden zu identifizieren und die Bedingungen zu entschlüsseln, unter denen bestimmte Akteure strategie- und handlungsfähig werden können. Dabei kommen wir auf der Polity-Dimension nicht um die Bedeutung faktischer Verhandlungszwänge und konstitutioneller Vetopositionen herum. Wenn es zutrifft, dass in Deutschland das Nebeneinander starker korporatistischer Verbände mit einer besonders großen Zahl von konstitutionellen Vetospielern bei abnehmenden legislativen Mehrheiten zu einer Lähmung des politischen Entscheidungs- und Innovationsprozesses (Czada) führt, dann wäre das eigentlich Erklärungsbedürftige gar nicht die Reformunfähigkeit, sondern die Reformen, die gleichwohl stattfinden.

Es scheint offenbar gar nicht von vorneherein ausgemacht, dass sich Vetogruppen immer destruktiv und reformfeindlich verhalten. Schließlich sind wir durchaus Zeugen von Reformen, sogar von „permanenter Reformen der Reformen“ (Geis/Strecker), eines Phänomens, das uns vielleicht weniger auf eine allgemeine Reformunfähigkeit als auf



Prof. Dr. Klaus Dieter Wolf,
Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für
Politische Wissenschaft

die Unfähigkeit zur erfolgreichen Reform verweist. Dafür könnten bei einer Betrachtung der Policy-Dimension als mögliche Gründe wechselseitige Interferenzen zwischen sektoralen Reformaktivitäten identifiziert werden. In der Polity-Dimension schließlich müssen uns die Entstehung und die Konsequenzen immer neuer Politikarenen interessieren, aus denen Reforminitiativen hervorgehen oder die ihrerseits aus diesen hervorgehen. Deren immer informellerer Charakter wirft unweigerlich auch die Frage nach den Legitimitätsanforderungen an Reform auf.

2. Damit sind wir aber bereits bei der zweiten Frage, für deren Beantwortung eine primäre politikwissenschaftliche Kompetenz und Zuständigkeit reklamiert werden muss. Sie betrifft die Art des Zustandekommens und die Ziele von Reform: An welchen normativen Maßstäben sollte sich Reform dabei jeweils orientieren? Hier ist die Politikwissenschaft als normativ ausgerichtete Geisteswissenschaft gefragt, als Anbieter eigener, aus den Begründungsquellen der politischen Philosophie gespeister normativer Maßstäbe. Angesichts der allgemein um sich greifenden Ökonomisierung der Wertmaßstäbe für Reformen in allen denkbaren Bereichen gesellschaftsrelevanter Diskurse scheint mir hier ein besonderer Nachholbedarf zu bestehen. Unter dem Leitbild einer möglichst effizienten Lösung von Sachproblemen stehen mit der Wettbewerbsfähigkeit – als dem Maßstab für die Reform des Sozialstaats – oder der „Employability“ – als dem Maßstab der Reform von Studiengängen –, um nur zwei Beispiele zu nennen, keine originär politikwissenschaftlichen Begründungsmaßstäbe und Beurteilungskriterien im Mittelpunkt von Reformdebatten. Es ist überfällig, deren normativen Fundamente kritisch zu befragen und dabei vor allem der Wirtschaftswissenschaft ihre gegenwärtige Rolle als Leitdisziplin bei der Bestimmung von Reformzielen streitig zu machen. [...]

Mit der erfolgreichen Etablierung eines ökonomischen Leitbildes ist im Zuge des Bologna-Prozesses ein beispielloses reframing des hochschulpolitischen Diskurses erfolgt, mit dem der Wert von Bildung auf ihre ökonomische Bedeutung reduziert wurde. Bildung und Wissenschaft sollen für die Herausforderungen des Weltmarkts fit gemacht werden, wie die Neuausrichtung der

Hochschul(aus)bildung auf die Ziele „Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen“ und „internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulraums“ zeigt. Die Ökonomisierung der Kriterien für die Bestimmung von hochschulpolitischen Reformzielen lässt sich heute auf allen Ebenen der Hochschulpolitik beobachten und findet ihren Niederschlag in Bestrebungen zu einer stärker leistungsorientierten Besoldung ebenso wie in der Einführung von Studiengebühren. Sie hat auch zu einer bemerkenswerten Neukonzeptualisierung der wissenschaftlichen Einrichtung „Universität“ als (Wirtschafts)Betrieb geführt, der als „Dienstleistungsunternehmen der Wissensgesellschaft [...] eine Marktstellung im Wettbewerb erringen oder verteidigen“ (Friedrich) muss. [...]

Unter der Losung „Innovation entsteht an den Schnittstellen“ werden ständig neue Anreizsysteme geschaffen (man denke nur an die bezeichnenderweise ebenfalls vom Bund angestoßene Exzellenzinitiative), mit denen Umverteilungseffekte zugunsten fächerübergreifender, thematisch zugeschnittener Kompetenzzentren erzielt werden sollen. Unter ihrem Einfluss verlieren die Instituts- und Fakultätsstrukturen bereits heute an Bedeutung. Der Eindruck, den ich auf diversen Reisen für die DVPW durch die Republik gewonnen habe, deutet darauf hin, dass sich die hochschulpolitischen Entscheidungsträger in Unkenntnis der Unterschiedlichkeit von Fachkulturen häufig gar nicht darüber bewusst sind, dass sie das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn sie Orte, an denen sich Fachkulturen auf möglichst hohem Niveau reproduzieren können sollen, kurzerhand in modischen Kompetenzzentren verschwinden lassen. Die wissenschaftlichen Disziplinen – und damit auch unser eigenes Fach – sollten aufmerksam darauf achten, dass sie dabei nicht auf der Strecke bleiben.

Selbstkritisch sei allerdings hinzugefügt, dass ihnen viele politikwissenschaftliche Institute dabei wie die Lemminge folgen, indem sie bereits auf der BA-Ebene fächerübergreifende oder eng spezialisierte Studiengänge einrichten, statt diese zunächst grundständig anzulegen und Spezialisierungs- und Profilierungsvorstellungen auf der MA-Ebene zu realisieren. [...]

Die Kongressnotizen erscheinen am Montag, 25.9., 17 Uhr, Mittwoch, 27.9., 12.30 Uhr, sowie Donnerstag, 28.9., 12.30 Uhr und liegen im Kongressbüro und im Pressebüro (Fürstenberg-Haus) sowie an allen wichtigen Knotenpunkten des Kongresses aus. Die Ausgabe am Freitag, 29.9., erscheint ausschließlich im Internet auf der Seite der DVPW.

Innovationen brauchen Freiheit – neue Ordnungspolitik in NRW

Auszüge aus der Rede des Ministers für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, anlässlich des DVPW-Kongresses in Münster:

Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform? Ja: Reformen sind möglich. Aber sie sind anstrengend. Reformen bedürfen einer klaren Rollendefinition der Akteure, einer klaren Aufgabenverteilung, einer klaren Zielbeschreibung, eines klaren Kurses - und nicht zuletzt des entschlossenen Handelns. Dann können sie auch heute gelingen, in diesem Staat und dieser Gesellschaft.

In Nordrhein-Westfalen müssen wir ein Land in Bewegung bringen, in dem sehr lange Stillstand herrschte. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel der Mentalität und der Rahmenbedingungen, der alle Bereiche unserer Gesellschaft betrifft. Wir machen Politik für ein neues Nordrhein-Westfalen. Es geht dabei um mehr als die Frage, wie man die Investition in Wissen durch Produktneuheiten wieder in Geld verwandeln kann. Es geht darum, wie wir in einer spannungsgeladenen Zeit in einer Gesellschaft zusammenleben können. Es geht sehr schlicht darum, was unsere Kinder in der Schule lernen, und welche Ausrüstung wir ihnen damit für die Wissensgesellschaft mit auf den Weg geben. Es geht darum, wo Menschen auch künftig sichere Arbeitsplätze finden. Es geht darum, wie Regionen aus der Alimentation herausfinden und echte Perspektiven gewinnen. Es geht um ein neues Verhältnis zwischen Staat und Privat. Diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, ist ein Kraftakt.

Die scheinbare Reformunfähigkeit unserer Gesellschaft hat viel damit zu tun, dass sich die Politik anmaßt, Dinge zu regeln, die sie nicht regeln kann. Aber überall da, wo es von der Kreativität und dem Engagement der Menschen abhängt, ob Wandel gelingt, überall da, wo ohne Tatkraft und Risikobereitschaft der Menschen nichts vorangeht: Überall da scheitert staatlicher Dirigismus und kleinkariertes Programmaktivismus. Innovationen gedeihen nur selten, wo Bürokratie die Menschen lähmt. Innovationen brauchen Freiheit. Aus dieser Grundüberzeugung machen wir in NRW Innovationspolitik.

Innovationspolitik ist der Spielraum, den die Politik einräumen muss. Und zwar denjenigen, auf die wir angewiesen sind, wenn wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen Innovationsland Nummer 1 in Deutschland wird. Das ist die Wirtschaft, und genauso sind das die Hochschulen und Forschungseinrichtungen



in unserem Land. Innovationspolitik ist daher zuliefererst Ordnungspolitik. Es geht nicht darum, Spielregeln der Wirtschaft eins zu eins auf Wissenschaft und Forschung auszudehnen. Was wir erreichen wollen, ist vielmehr ein Rahmen, der den gesamten Raum umspannt, in dem sich Innovation vollzieht. Es geht um eine neue Statik, die Hochschulen, Forschung und Unternehmen in ihrem Zusammenwirken als Innovationspartner trägt.

Reformbedarf ist das Markenzeichen einer mit Spannungen und Umbrüchen aufgeladenen Zeit. Eine der Kernfragen, die auch unsere Gesellschaft in der Substanz betrifft, ist: Wie begegnen wir als demokratischer Rechtsstaat dem Terror? Wie sieht eine tragfähige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit heute aus? Welche Gefahr ist die größere? Die physische Bedrohung, die keine Gesellschaft im Kampf gegen den Terror ganz ausschließen kann? Oder die, dass wir zugunsten einer letztlich doch nur gefühlten Sicherheit Freiheitsrechte über Bord werfen, die das Selbstverständnis unserer Gesellschaft ausmachen? Diese Fragen müssen wir beantworten. Und dazu brauchen wir die Politikwissenschaft.

Tiefgreifende Veränderungen sind für die Menschen damit verbunden, dass sie die Grundsätze, nach denen sie handeln wollen, neu definieren, und ihre Rollen neu aushandeln müssen. Deshalb brauchen wir Politikwissenschaft. Wann, wenn nicht jetzt, sollten Sie sich angesprochen und gefordert fühlen. Ich lade Sie ein. Nicht als „Berater am Hof der Macht“, wie Claus Leggewie es in der ZEIT polemisch zuspielt, sondern als kritische Begleiter, als konstruktive Gesprächspartner, auch als Schrittmacher für neue Lösungen.

Die Redaktion stellt sich vor

Texte: Marc Raschke



Marc Raschke

Marc Raschke ist während des DVPW-Kongresses als Referent Ansprechpartner für die Presse und Leiter der Kongressnotizen (Pressebüro, Fürstenberghaus, Raum F7). Nach seinem Politikstudium in Münster absolvierte er ein Volontariat bei der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung und schrieb unter anderem für die BILD, für n-tv-online und die Deutsche Presse-Agentur. Derzeit arbeitet er als freier Journalist und schreibt unter anderem für die Welt, die WAZ und das Wirtschaftsmagazin brand eins.



Michael Berkemeier

Michael Berkemeier beobachtet für die Kongressnotizen das Plenar I und III. Daneben werden Zusammenfassungen der Sektionen „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“ und „Staatslehre und Politische Verwaltung“ sowie der Arbeitskreise „Umweltpolitik/Global Change“, „Vergleich europäischer Gesellschaften“ und „Integrationsforschung“ erscheinen. Politikwissenschaft studiert er als Nebenfach. Als freier Mitarbeiter schreibt er für die Ibbenbürener Volkszeitung.

Jana Sinram



Jana Sinram besucht für die Kongressnotizen die Plenar I und IV. Zudem berichtet sie über die Sektion „Politische Soziologie“ sowie über die Arbeitskreise „Politik und Kommunikation“, „Politik und Religion“ und „Verbände“. In Münster studiert sie Politikwissenschaft im Hauptfach. Journalistisch arbeitete sie bereits für die Westfälischen Nachrichten und für das ZDF.

Simone Elpers



Simone Elpers berichtet für die Kongressnotizen von den Plenar II und III, den Sektionen „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“, „Vergleichende Politikwissenschaft“ sowie den Arbeitskreisen „Politische Steuerung“ und „Migrationspolitik“. In Münster studiert sie Politik im Nebenfach und schreibt als freie Mitarbeiterin für die Westfälischen Nachrichten in Steinfurt.

Till Kaesbach



Till Kaesbach wird für die Kongressnotizen die Plenar II und IV zusammenfassen. Ebenfalls werden Berichte von der Sektion „Internationale Politik“ sowie von den Arbeitskreisen bzw. Ad-Hoc-Gruppen „Soziale Bewegungen“, „Politische Steuerung“ und „Ideeelle Grundlagen außenpolitischen Handelns“ erscheinen. In Münster studiert er Politikwissenschaft im Hauptfach. Im Rahmen eines Praktikums hat er für die BILD (Essen) geschrieben.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag von



Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft
c/o Universität Osnabrück
FB 1 – Sozialwissenschaften
49069 Osnabrück

V.i.S.d.P: Marc Raschke, Pressereferent für den DVPW-Kongress

Tel. 0251-83-30576 / Fax 0251-83-30575
marcraschke@gmx.de

Redaktion: Marc Raschke, Jana Sinram, Till Kaesbach, Simone Elpers, Michael Berkemeier

Satz und Gestaltung: Lisa Schmees

Druck: AStA-Druckerei

Auflage: 400 Stück